



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Merrem, Gerhard: Weltspiegel

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Weltspiegel

Ungarn. Nachdem am 14. November nach unterschiedlichen Drohnnoten der Entente und dem wirksameren Druckmittel einer Blockierung und angedrohten Beschießung Konstanzas die Rumänen endlich aus Budapest abzogen, nicht ohne, nach reichlicher Brandschätzung des gesamten Landes, noch etwa 1200 Lokomotiven, 29 000 Güterwagen und für etwa $2\frac{1}{2}$ —3 Milliarden Staats- und Privatgut mitzuführen, mußte es die erste Sorge sowohl der die Abgezogenen ersetzenden weißen Truppen des Admirals Gorthy und des durch ihn gestützten Ministers Friedrich wie auch der vier Ententemissionen sein, unter allen Umständen die Ruhe aufrecht zu erhalten und einen Rückfall in den Bolschewismus zu verhindern. Über dieses Ziel dürften sich sogar, was nicht oft der Fall war, sämtliche Vertreter auf der Friedenskonferenz einig gewesen sein. Und auch darüber, wie dieses Ziel tunlich zu erreichen war, dürfte es wenig Meinungsverschiedenheiten gegeben haben: man mußte den Admiral Gorthy, der, seit er im Januar 1918 in Cattaro das Entweichen der durch Ententebestechung gewonnenen Matrosen der fünften österreichischen Schlachtschiffdivision dadurch verhinderte, daß er sich mit seinem Zerstörer rasch entschlossen quer vor die Hafenausfahrt legte, im Ruf eines energischen und klar blickenden Kommandanten steht, und Kriegsminister der während Bela Rhuns Herrschaft in Szegedin residierenden Gegenregierung geworden war, mit allen Mitteln unterstützen. Aber schon über die Art, wie dieses Ziel dauernd zu sichern war, gab es verschiedene Ansichten. Denn nun ergab sich zugleich die Frage nach der Zukunft Ungarns. Die Stellung der Tschechen, die wegen der Slowakei, — der Rumänen, die wegen Siebenbürgen und Transsylvanien ein schlechtes Gewissen haben, der Südslawen, aber auch der Westungarn beherrschenden sozialistischen Regierung Österreichs, war eindeutig: Ungarn mußte politisch und wirtschaftlich möglichst geschwächt werden. Anders stellten sich schon die Polen ein, deren Wiener Gesandter bereits im November dem Vertreter des „Uj Nemzedek“ eröffnete, daß es eines der höchsten Ziele der polnischen Regierung sei, mit dem ungarischen Volke die innigsten Beziehungen aufrecht zu erhalten und eine direkte polnisch-ungarische Grenzlinie zu erhalten. Aber auch Polen, so sehr es gegen die immer noch gefürchtete Ukraine einerseits, gegen die teils zu Deutschland, teils zu Rußland tendierende Tschecho-Slowakei andererseits eine Stütze in Ungarn sucht, wird gegen eine wirtschaftliche Schwächung Ungarns, die dieses industriell in hohem Maße auf Polen anweisen würde, wenig einzuwenden haben. Auch die Stellung der Amerikaner ist verhältnismäßig klar: nachdem die Verhandlungen mit Rumänien wegen der Erdölausbeutung infolge des gescheiterten Einhaltens durch Bratianu gescheitert waren, der vor der Drohung Hoovers, Rumänien die Lebensmittelversorgung abzuschneiden, unter Hinweis auf bereits mit England und Frankreich schwebende Verhandlungen solange auswich, bis er, gestützt auf die Ergebnisse einer glänzenden Ernte, die Amerikaner nicht mehr brauchte, haben sie an den Donauländern nicht das geringste Interesse mehr, und geben ihrer schlechten Laune gegen Rumänien höchstens Raum, indem sie die Bestrebungen auf eine rumänisch-ungarische Personalunion durchkreuzen und den Ungarn, soweit sie dazu in der Lage sind, auf der Friedenskonferenz den Rücken gegen die übertriebenen rumänischen Gebietsforderungen stärken. Die Engländer aber sind

dabei, Ungarn zu einer englischen Kolonie zu machen. Schon sind sie, zum Mißvergnügen der Tschechen und Südslawen, so gut wie unumschränkte Herren der Donaushiffahrt. Schon gründet in Budapest die Bank von England eine Filiale. Ein englisches Finanzkonsortium mit dem Bankier Quenslow an der Spitze ist an die ungarische Regierung mit Vorschlägen herangetreten, in Budapest aus eigenen Mitteln einen großen Zentralgüterbahnhof und einen leistungsfähigen Donauhafen zu erbauen. Englische Finanzleute machen Projekte für einen Kanal zwischen Donau und Theiß und allerlei englische Absichten auf das gesamte ungarische Eisenbahnnetz werden erwogen. Begreiflicherweise hätten die Engländer auch nichts dagegen, wenn ein englischer Prinz, beispielsweise der schon unter Karolyi in Vorschlag gebrachte Herzog von Connaught auf den ungarischen Thron gelangen würde, und natürlich ist ihnen unter diesen Umständen nichts daran gelegen, den Abschluß des Friedens, der feste Verhältnisse schaffen würde, zu beschleunigen. Anders liegen die Interessen Italiens. Italien ist bereit, mit jedem zu gehen, der ihm über kurz oder lang Hilfe gegen die von Amerika und England begünstigten, von Frankreich direkt, wenn auch nicht offen, unterstützten Südslawen verspricht. Am liebsten wäre ihm ein verbündetes, mit Ungarn vereinigtcs Rumänien gewesen, aber auch ein kräftiges Ungarn allein wäre schon nicht zu verschmähen, und geschickt sucht man den Streit um Westungarn auszunutzen, um sich gegen das Versprechen diplomatischer Unterstützung in Ungarn Freunde zu werben. Wieder anders Frankreich. Dieses schwankt zwischen Mißtrauen gegen ein starkes Ungarn und dem Wunsch, auf ungarischem Boden mit den Engländern wirtschaftlich in Wettbewerb zu treten, zwischen Furcht vor einem sich aufs neue bolschewisierenden Ungarn mit Mißtrauen gegen ein monarchistisches, zwischen dem Wunsch, Ungarn zu entwaffnen und unschädlich zu machen, und der eine Zeitlang auch von den Engländern geteilten Hoffnung, es gegen Sowjetrußland zu verwenden, zwischen dem Bestreben, Ungarn, um den Anschluß Oesterreichs an Deutschland zu verhindern, zum Kern eines neuen Donaubundes zu machen und dem Verlangen, das ungarische Nationalgefühl am Boden zu halten. Kurz, Frankreich weiß, nicht was es will. Es fehlt an Direktiven und all seine Leute handeln auf eigene Hand.

Nach all dem braucht man sich nicht mehr zu wundern, daß die Friedensverhandlungen sich ins Endlose hinausziehen und daß die Ungarn Raum gewinnen, ihre eigene Politik zu machen. Diese geht durchaus planmäßig auf innere Festigung, auf Ausschaltung liberaler Mißwirtschaft und sozialistischer Experimentiererei, auf energischen Wiederaufbau und möglichste Milderung der Friedensbedingungen. Sie beweisen dabei Tatkrast und diplomatisches Geschick. Nachdem mit Hilfe der Rumänen Bela Kahun gestürzt worden war, wußte die Entente angesichts des Staatsstreichs des Erzherzogs Joseph einen Augenblick nicht, was werden sollte. Die Monarchisten, die eine habsburgische Restauration heraufzubeschwören schienen, wollte man nicht, aber auch die Sozialistenführer, die zum Teil Helfer Bela Kahuns gewesen waren, schienen gefährlich. Die großstädtischen Liberalen unter Kovaszy hatten keinen Anhang im Lande, und ohne das Land waren die Zustände in Budapest unhaltbar. Man zwang also zunächst den Erzherzog zum Rücktritt und verlangte ordnungsmäßige Wahlen zur Erforschung des Volkswillens. Man zwang, besonders wohl von französischer Seite aus, angeblich

auch auf Andringen Hoovers, den Ministerpräsidenten Friedrich zum Rücktritt und verlangte ein aus allen Parteien gebildetes Kabinett, ohne sich jedoch verhehlen zu können, daß das durch die Kommunisten in Anarchie aufgelöste Land eine einheitliche und straffe Führung brauchte. Daher gab man sich schließlich mit dem Kompromiß des Kabinetts Guszar, einer Kreatur Friedrichs, der selber das Kriegsministerium übernahm, zufrieden, eines Kabinetts, das, da die Sozialisten auch jetzt noch allerlei doktrinaire Bedenken hatten, im wesentlichen aus Klerikalen bestand. Jetzt gingen die neuen Machthaber mit Feuereifer daran, das Land zu beruhigen, den Kommunismus mit Stumpf und Stiel auszurotten, die Liberalen lahmzulegen und die Wahlen in ihrem Sinne zu beeinflussen. Auf zweierlei mußte es ankommen: den Kampf um eine Staatsverfassung, die Ungarn möglichstes Gedeihen versprach, möglichst abzukürzen, und sich bei den Friedensverhandlungen auf einen starken und einheitlichen Volkswillen stützen zu können. Um letzteres zu erreichen, suchte man den Beginn der Friedensverhandlungen möglichst hinauszuschieben und dann diese selbst hinzuziehen. Bereits Anfang Dezember ging die Einladung der Entente zur Entsendung von Unterhändlern ab. In Budapest aber wies man zunächst bedauernd auf die immer noch anhaltende Besetzung ungarischen Gebietes durch die Rumänen hin und behauptete, daß drei von den zu Unterhändlern bestimmten Persönlichkeiten just von den Rumänen gefangen gehalten würden. Als dann im Januar die ungarische Delegation in Paris eintraf, übrigens von der Presse nicht halb so unfreundlich empfangen wie einst die deutsche, erklärte sie als erstes, die Vollmachten der Alliierten in der festgesetzten Zeit unmöglich prüfen zu können und verlangte Auskunft über die Teilnahme Amerikas an der Ausarbeitung des Vertrages. Und wenn auch dies Verzögerungsmanöver nicht gelang, so konnten die Friedensbedingungen doch nicht eher als 17. Januar überreicht werden. Am 20. reiste Apponyi wieder ab, am 26. Januar fanden die Wahlen statt, die eine niederschmetternde Niederlage der Liberalen ergaben und schon am 4. Februar mußte der Pariser Botschafterrat sich gegen die Wiedereinsetzung der Habsburger als unvereinbar mit den Ergebnissen des Krieges aussprechen.

Damit ist in die ungarische Politik ein neues Moment der Unsicherheit hineingetragen. Denn daß die ungarische Nationalversammlung sich für die Monarchie entscheiden wird, kann nach dem Ausfall der Wahlen keinem Zweifel mehr unterliegen. Sowohl der Prinz zu Teck, wie der Herzog von Connaught haben aber erklärt, die ungarische Krone nicht annehmen zu können, weil sie den legitimen Herrscher Ungarns noch immer in König Karl sähen. Es wird auch von dem bulgarischen Prinzen Thrill, dem Herzog der Abruzzern und anderen gesprochen, aber im Grunde will das Volk natürlich einen einheimischen König. Die Legitimisten sind nach wie vor für Karl und berufen sich darauf, daß die Habsburger nicht nur in Ungarn, sondern auch in andern Ländern eine starke Partei haben, zum Beispiel in Polen, wo die royalistische Partei mit dem Erzherzog Karl Stefan verhandelte. Eine andere Gruppe ist, da sie gegen Karl Einspruch der Entente befürchtete, für Karls siebenjährigen Sohn Otto mit dem Erzherzog Joseph als Regenten, der aber selbst, von Friedrich, Horthy und der Mehrheit der Offiziere unterstützt, Kandidat einer dritten Gruppe ist. Auch der junge Erzherzog Albrecht, der Sohn des ehemaligen Armeoberkommandanten

Erzherzog Friedrich, hat Anhänger. Ob unter diesen Umständen ein landfremder Fürst den Mut haben wird, die Verantwortung für einen Friedensschluß, der dem Lande zwei Drittel seiner Eisen-, 84 v. H. seiner Holz-, mehr als 80 v. H. seiner Textilindustrie raubt, dem Lande alle Glas-, alle Papier-, alle chemischen Fabriken, Kohlen und Rohstoffe nimmt, drei Viertel der ungarischen industriellen Arbeiterschaft brotlos macht und das Heer auf 35 000 Mann beschränken will zu übernehmen, muß als überaus fraglich gelten.

Nach den „Times“ wird die ungarische Friedensdelegation in allen abzutretenden Gebieten, auf denen $3\frac{1}{2}$ Millionen Ungarn wohnen, Volksabstimmung fordern nebst Garantien für die Minderheiten. Ob die Vörschafterkonferenz wider die Wünsche der Tschechen, Südslawen und Rumänen nachgibt, ist zweifelhaft, nicht minder, ob der Widerstand gegen die Habsburger aufrecht erhalten wird. Unter den Franzosen gibt es Befürworter einer Kandidatur Karls, besonders in militärischen Kreisen; auch Poincaré dürfte keine Einwände machen, und Engländer und Italiener stehen dem Erzherzog Joseph sympathisch gegenüber. Eins aber ist sicher: die Friedenspolitik der Entente ist drauf und dran, einen neuen Krieg heraufzubeschwören. Daß ein so selbstbewusstes Volk wie die Ungarn sich die wahnsinnigen Friedensbedingungen der Entente auf die Dauer gefallen läßt, ist ausgeschlossen. Eine Reduzierung der Armee hat Horthy noch Ende Januar für unmöglich erklärt. Bereits im November wurde in Ungarn ernsthaft erwogen, was geschehen sollte, falls es wegen Rime zwischen Italienern und Südslawen zum Kriege käme, die Tschechen fühlen sich schon jetzt bedroht und suchen Rückhalt an den ohnmächtigen Oesterreichern. Mißt sich die Entente nun auch noch gegen den Willen des Volkes in innere Fragen, so beschwört sie die Kriegsgefahr von neuem herauf. Ein Habsburger könnte, seinem Hause die Krone zu retten, auch einen ungünstigen Frieden eingehen. Ein Landfremder hätte keine Autorität, ihn zu decken, und würde über kurz oder lang von einer nationalistischen Welle weggefedt werden. Die Entente hat, seit Clemenceau seine letzte große Rede über die äußere Politik hielt, so vielfach umlernen müssen, vielleicht wird sie es auch hier. Sonst werden ihre slawischen Schützlinge die Rechnung zu zahlen haben.

Menenius

Balkan und Bolschewismus. Die antibolschewistische Generalpolitik hat Fiasko gemacht. Judenitschs Armee ist aufgerieben, Bermondts Truppen in alle Winde zerstreut, Koltchat, noch im Sommer auf der Höhe seiner Macht, jetzt gefangen oder tot. Steht auch sein Schicksal noch nicht fest, sicher ist, daß von seiner Seite für die Moskauer Regierung keine Gefahr mehr droht. Denikins Niederlage und Rückzug, bewirkt durch die Auffässigkeit der ukrainischen Bauern, wirft die letzte Hoffnung auf baldige militärische Besiegung des Bolschewismus über den Haufen. Rote Truppen erobern die Ukraine, die Kornkammer Rußlands. Diese kann wenig Widerstand leisten, da Munition und Kriegsmaterial mangeln. Sie fällt als reife Frucht in den Schoß des Bolschewismus.

Immer näher rückt die rote Armee dem Herzen Europas. Noch liegen baltische Staaten, Polen und Rumänien, zwischen der Zivilisation und dem nahenden Umsturz. Doch wie lange werden sie der roten Flut Dämme sein? Der russische Bolschewismus ist seiner Natur nach aggressiv. Welches Land wird ihm als nächstes zufallen? Schon wühlen die Agitatoren und bereiten das Vorrücken des Heeres vor.

Auch der Balkan wird von jetzt an zu den Hauptangriffspunkten der roten Truppen gehören. Der alte russische Wunsch: Macht über Konstantinopel zu gewinnen, ist sicher auch jetzt noch lebendig, lebendig auch in dem Herzen Lenins und Trotzki, die trotz ihrer Abstammung, trotz ihrer Ideologie doch Russen sind. Der ungarische Rätezauber hatte nur zu früh begonnen, als daß er von Moskau ausgenutzt werden konnte. Denn damals mußte man sich noch der Generalle erwehren. Jetzt wäre ein derartiger Umsturz auf dem Balkan hochwillkommen. Er würde vielleicht zur Eroberung des ganzen Balkan führen und damit zur Umklammerung Mitteleuropas von Süden. Welche Aussichten bieten sich jetzt dem Bolschewismus in Südosteuropa? Ohne Zweifel sind bereits auch hier Reime vorhanden, die unter Umständen zu Weiterungen führen werden.

Am bedenklichsten stellt sich die Lage in Bulgarien dar. Das Land hat sich seit 1912 fast ununterbrochen im Kriege befunden. Der Friede von Neuilly, der am 28. November 1919 abgeschlossen wurde, bedroht das Ende selbständigen staatlichen und wirtschaftlichen Lebens. Das Unglück der letzten Jahre hat die bulgarische Bauernschaft stark radikalisiert. Die kommunistische Partei besitzt ein Fünftel aller Mandate der Sobranje, annähernd ebensoviel die gemäßigteren Sozialisten. Die regierende agrarsozialistische Bauernpartei steht dieser Gruppe nicht allzu fern. Diese Parteiverhältnisse, besonders bemerkenswert in einem Agrarlande, geben ein ungefähres Bild von der sozialen Gärung. Fortwährende Unruhen kennzeichnen deshalb auch die jüngste Entwicklung der inneren Verhältnisse: Bulgarien kann jederzeit ein gefährlicher Brandherd werden, von dem aus Südosteuropa in Flammen gerät!

Ganz anders liegen die Dinge in Jugoslawien. Während Bulgarien die tiefe Not der besiegten, geknechteten Nation durchlebt, sieht das südslawische Brudervolk fast alle seine nationalen Wünsche erfüllt. Die Adriafrage, die allein die restlose Einigung aller Serben, Kroaten und Slowenen bedroht und wahrscheinlich unmöglich macht, läßt den Nationalismus hell aufblitzen. Die wirtschaftliche Lage ist zwar durchaus nicht als glänzend zu bezeichnen. Doch finden sozialistische Ideen in einer Bevölkerung, die zu vier Fünfteln aus Bauern besteht und soeben das größte nationale Erlebnis — die Einigung der Volksteile zu einem Staatswesen — gehabt hat, unfruchtbaren Boden. Die Gebiete, die bisher zur österreichisch-ungarischen Doppelmonarchie gehört haben, sind vom Kriege fast ganz verschont geblieben. An dem Wiederaufbau des gänzlich verwüsteten Alt-Serbien wird eifrig gearbeitet. Noch ist allerdings die Agrarfrage ungelöst. Sie ist das Problem der inneren Politik Jugoslawiens. Der Landhunger der Bauernbevölkerung ist groß. Die bisherigen Maßnahmen der Regierung haben schon manchen Wunsch der kleinen Bauern erfüllt. Insbesondere sind die bisher geknechteten Kneten Bosniens durch eine Verfügung der Regierung bereits im Januar 1919 von der Unterdrückung durch die Großgrundbesitzer befreit worden. Eine großzügige Agrarreform, wie sie bereits im Frühjahr 1919 von Koratsch ausgearbeitet wurde, könnte die letzten Spuren einer Gefahr beseitigen. Die sozialistische Partei hat nur Anhänger in den Städten, ist sehr schwach und jeder nationalen Tendenz abhold. Ähnlich steht es mit den an Zahl noch schwächeren Kommunisten. Sie haben sogar im Verein mit den bürgerlichen Parteien an den großen Demonstrationen gegen Italien teilgenommen und damit ihren Nationalismus bekundet. Eine gesunde Entwicklung hat es geführt, daß die Sozialdemokraten an der Regierung beteiligt sind und nicht in unfruchtbaren Radikalismus verfallen können. Beachtenswert sind allerdings die Streikunruhen in den Bergwerken, doch muß man die allgemeine wirtschaftliche Lage in Betracht ziehen und darf ihre Bedeutung nicht überschätzen. Daß in der Zeit der ungarischen Räterepublik gegen wirkliche und angebliche Bolschewisten scharf vorgegangen wurde, ist vielleicht nicht ganz klug und taktvoll gewesen, hat aber keinen weiteren Schaden gestiftet. Der bolschewistische Gedanke dürfte sich also in Jugoslawien kaum ausbreiten können, nur von außen mit Waffengewalt könnte wahrscheinlich diesem Volke der Bolschewismus aufgezwungen werden.

Ähnlich ist die Lage augenblicklich in Ungarn. Die Rückkehr der Räte ist seit dem Sturze Bela Rhuns so gut wie unmöglich geworden. Trotz aller Not, die der Friede heraufbeschworen hat und noch heraufbeschworen wird, dürfte die bolschewistische Idee, die in Ungarn nie recht heimisch gewesen ist, sich nicht so bald wieder von dem schweren Schläge erholen können, den sie durch Kriegswirtschaft und Terror erlitten hat. Die bolschewistische Propaganda wird vergeblich arbeiten, wenn auch Überraschungen hier, wie in Jugoslawien, nicht ganz ausgeschlossen sind.

Jugoslawien und Ungarn bedeuten für eine etwaige bolschewistische Ausbreitung in Südosteuropa ein schweres Hindernis. Trotzdem ist die Gefahr nicht gering, denn der Schlüssel der Lage ist Rumänien. Nach seiner Eroberung würde Bulgarien automatisch dem Bolschewismus anheimfallen. Jugoslawien und Ungarn würden schwer bedroht und könnten sich kaum der roten Flut lange erwehren. Die Bedeutung des rumänischen Bollwerks, wie die Rumänen gern ihr Land bezeichnen, liegt deshalb offen vor aller Augen.

Wird aber Rumänien seiner Aufgabe, ein Bollwerk zum Schutze Südosteuropas zu sein, sich gewachsen zeigen? Rote Truppen stehen bereits 60 bis 70 Kilometer von seinen Grenzen entfernt. Es kommt also darauf an, ob Rumänien in der Lage ist, nicht nur moralisch standzuhalten, sondern auch so bald wie möglich starke militärische Schutzmaßnahmen zu treffen. Die inneren Verhältnisse geben leider Anlaß zu lebhafter Besorgnis. Rumänien ist wie Rußland ein Agrarland. Seine Bauernschaft lebt wie früher die russische noch in Verhältnissen, die der Leibeigenschaft nicht unähnlich sind. Die geplante Agrarreform ist bisher noch nicht durchgeführt und wird auch infolge des Widerstandes der Großgrundbesitzer nicht leicht durchgeführt werden können. Die zahlreiche jüdische Bevölkerung ist trotz aller Erlasse und Versprechungen fast rechtlos: ein besonders gefährliches Moment! Zudem sind die Kriegsfolgen noch nicht überwunden. Wenn auch die natürliche Fruchtbarkeit des Bodens weniger hat leiden können, die Industrie und besonders die Petroleumherzeugung sind durch den Krieg schwer geschädigt. Der Wiederaufbau schreitet nur langsam vorwärts, da die Westmächte die dringend benötigten Rohstoffe, Maschinen, Werkzeuge und so weiter nicht liefern wollen oder können. Der Handel mit Deutschland verbot sich bisher wegen der Transport Schwierigkeiten, und weil die deutsche Industrie zum Teil noch nicht exportfähig ist und die Westmächte den Handel mit Deutschland zu verhindern suchen. Die Valutaschwierigkeiten, die Finanznot wachsen. Anleiheversuche bei den früheren Verbündeten sind gescheitert. Auch die neu gewonnenen Gebietssteile sind wirtschaftlichen Krisen ausgesetzt, und soziale Erschütterungen sind auch hier nicht ausgeschlossen. Außerdem bereitet die Eingliederung dieser Gebiete in den Staatsverband Schwierigkeiten: Besarabiens Zugehörigkeit zu Großrumänien ist von den Westmächten, bei denen bisher Rücksichten auf die antibolschewistischen Generale mißsprachen, noch nicht voll anerkannt. Der völlige Widerstand der in Besarabien wohnenden Ukrainer ist noch unausgeglichen. Die Operationsbasis der rumänischen Truppen gegen die Bolschewisten ist nicht gesichert. Aufstände ukrainischer Bauern, Umtriebe der in Besarabien 18 Prozent der Bevölkerung ausmachenden Juden können der rumänischen Armee ein ähnliches Schicksal bereiten, wie es Kolschat und Demtfin ereilte.

Die schwierige Lage hat auch die rumänische Regierung erkannt. Die Reise, die der rumänische Ministerpräsident Baiba Woevod nach Paris und London unternommen hat, steht im engsten Zusammenhang mit der Bolschewistengefahr und der inneren Lage Rumäniens. England und Frankreich würden sich gern der Rumänen bedienen, um die gebrochene Front gegen die roten Truppen wieder aufzurichten. Baiba Woevod wird die Bedingungen dafür gestellt haben: Endgültige Lösung der besarabischen Frage zugunsten Rumäniens, Versorgung der rumänischen Armee mit Kriegsmaterial und Lebensmitteln und

Gewährung einer Anleihe. Die Verhandlungen darüber entscheiden die zukünftige Haltung Rumäniens. Gehen die Westmächte auf Vaida Voevod's Vorschläge ein, so ist die Mitwirkung der Rumänen am Kampfe gegen die Bolschewisten gesichert. Die Frage ist nur, ob selbst dann Rumänien imstande ist, aggressiv in Rußland einzugreifen, oder ob man sich damit begnügen muß, daß es seine eigenen Grenzen schützt und ein Weiterfluten der roten Welle verhindert. In Paris und London wird wohl Wert gelegt darauf, daß Rumänien seine Truppen zur Offensive verwendet, aber ob die Regierung darauf eingehen kann, ist sehr fraglich. Denn die Opposition dagegen im eigenen Lande ist stark. Die Blätter der liberalen Partei erklären: Rumänien dürfe sich keinesfalls zu einem Kriegsabenteuer hergeben, das es nur neue Sekatomben seiner Söhne koste. Die Bauernpartei leugnet den Erfolg einer Aktion gegen die Sowjetarmee und steht sogar auf dem Standpunkt: Wir wollen eine Intervention in Rußland auch dann nicht, wenn wir es könnten. Ihr Führer, General Avrescu, hat die Forderung: Friede mit den Sowjets aufgestellt. Das Beachtenswerteste aber ist, daß die rumänischen Soldaten durchaus nicht mehr zuverlässig in der Hand ihrer Führer sind. Liefert die Entente Lebensmittel, Kriegsmaterial und Ausrüstungsgegenstände, so ist zwar anzunehmen, daß sie in der Defensive noch Tüchtiges leisten werden. Die Strapazen einer Offensive dürften hingegen die rumänische Armee, selbst wenn sie von den Westmächten unterstützt wird, demoralisieren.

Rumänien kommt demnach für eine Einmischung in Rußland nicht in Frage. Sollten die Westmächte es dazu zwingen, sicher ist, daß auch Rumänien in der roten Flut ertrinkt. Die Frage: Ob es mit eigenen Kräften ein Bollwerk gegen den Bolschewismus bilden kann, ist angesichts der inneren Lage nicht unbedingt zu bejahen. Deshalb wird viel davon abhängen, ob Vaida Voevod die Westmächte dazu bestimmt, zwar auf aktives Eingreifen Rumäniens zu verzichten, aber durch Gewährung der geforderten Hilfe ihm die Selbstverteidigung zu ermöglichen. Kredit, Rohstoff und Warenlieferung können das rumänische Wirtschaftsleben gesunden lassen. Gesundung des Wirtschaftslebens aber ist die beste Abwehr gegen den Bolschewismus.

Gerhard Merrem



Wirtschaftsspiegel

Aus der Arbeiter- und Angestelltenbewegung. Die Revolution und deren Begleitererscheinungen haben auch innerhalb der Gewerkschaftsbewegung eine akute Krisis geschaffen. Was in den letzten Jahren vor dem Kriege und während des Krieges unter der Decke brodelte und gärte, kam zum Vorschein und erzeugte eine gewaltige Umwälzung der alten Gewerkschaftsbewegung. Wenn auch bei den Christlichen und Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften diese Umwälzung am Ende des Jahres 1919 nicht zu verspüren war, so war sie bei den Freien Gewerkschaften umso mehr zu verkennen. In der Mitte des Jahres 1919 standen die größten Organisationen vor den Verbandstagen, und überall zeigte sich, daß die Zersplitterung der politischen Arbeiterbewegung auch in den Gewerkschaften ihren Niederschlag fand. Dies war ein treffender Beweis dafür, daß von einer politischen Neutralität der Gewerkschaftsbewegung nicht die Rede sein konnte, daß vielmehr die Gewerkschaften auch politisch stark interessiert sind.

Die Neuorientierung innerhalb der Gewerkschaften führte nun dazu, daß man in den großen Organisationen die Lokalbeamten, die mit den Mitgliedern in politischen Fragen nicht einer Meinung waren, kurzerhand entließ. Man warf ihnen vor, durch ihren Einfluß hätte sich die Parteibewegung nach rechts ent-